

**Tagesordnung I Punkt 18 der öffentlichen Sitzung am 28.06.2007**

Vorlage Nr. 07-F-07-0026

**Gentechnikfreies Wiesbaden  
- Antrag der Bürgerliste Wiesbaden vom 04.06.2007 -**

Vorbemerkung:

Über 70 % der Bürger sprechen sich gegen Gentechnik in Nahrungsmitteln aus.

Die in der Presse laufend veröffentlichten Negativereignisse in Anwendung und Forschung zeigen auf, daß auch die gesundheitlichen Risiken und Auswirkungen weder ausreichend erforscht noch einschätzbar oder beherrschbar sind. Unter juristischen Gesichtspunkten hat ein entsprechender Beschluß der Stadtverordnetenversammlung nur Einfluß auf städtische Flächen und die Anwendung seitens der Stadt Wiesbaden und deren Eigenbetriebe. Dennoch sollte auch hier ein Zeichen gesetzt werden, wie dies auch andere Städte und Gemeinden vollzogen haben (München, Bad Nauheim, Hohenstein usw.)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. die Stadt Wiesbaden verzichtet auf die Verwendung von gentechnisch veränderten Organismen / Produktionsmitteln und den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen auf den eigenen Flächen.
2. die Stadt Wiesbaden läßt auf städtischen Flächen in der Eigenschaft als Verpächter keinen Anbau von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in Form von Saatgut, Pflanzen etc. zu.

---

**Änderungsantrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und FDP vom 28.06.2007**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

der Antrag wird wie folgt geändert:

1. unverändert

Absatz 2 wird gestrichen und ersetzt durch:

2. Neu: dass bei Neuverpachtungen städtischer Flächen mit den Pächtern ein Verbot vereinbart wird, gentechnisch veränderte Pflanzen oder Saat einzusetzen.
-

**Beschluss Nr. 0324**

Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 04.06.2007 betr.

Gentechnikfreies Wiesbaden

wird in der Fassung des gemeinsamen Änderungsantrages der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 28.06.2007 angenommen:

1. Die Stadt Wiesbaden verzichtet auf die Verwendung von gentechnisch veränderten Organismen / Produktionsmitteln und den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen auf den eigenen Flächen.
2. Der Magistrat wird gebeten, bei Neuverpachtungen städtischer Flächen mit den Pächtern ein Verbot zu vereinbaren, gentechnisch veränderte Pflanzen oder Saat einzusetzen.

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2007

**Dieser Beschluss ist in das Beschluss-  
management aufgenommen.**

Thiels  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
-16-

Wiesbaden, .07.2007

Dezernat VIII  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller  
Oberbürgermeister